

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

ZU:

**Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen - Drucksache 6/8996 vom 19.06.2018**

**Berichterstatterin:**

Abgeordnete Gerrit Große (DIE LINKE)

### **Beschlussempfehlung:**

Der Landtag möge

1. den Antrag der CDU-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf ‚geistige Entwicklung‘ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen“ (Drucksache 6/8996) ablehnen.
2. in Weiterentwicklung dieses Antrages folgenden Beschluss fassen:

Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken - Erweiterte Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ab der Sekundarstufe I

Kinder haben in Brandenburg bis zum Ende der sechsten Jahrgangsstufe einen - bedarfsabhängigen - Anspruch auf Kindertagesbetreuung. Es ist davon auszugehen, dass die Schaffung von bedarfsdeckenden Betreuungsangeboten am Nachmittag für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Landkreise und kreisfreien Städte erfolgt. Die Erfahrung zeigt, dass dies nicht überall im Land im ausreichenden Maße gelingt. Wiederholt beklagen sich betroffene Eltern darüber, dass sie nicht nur erhebliche Mehrbelastungen durch die Erziehung ihrer Kinder mit Behinderungen schultern, sondern auch Einschränkungen im Blick auf die Berufstätigkeit hinnehmen müssen, wenn ein entsprechendes bedarfsdeckendes Angebot nicht vorhanden ist. Aus diesem Grund haben die Fraktionen von SPD und DIE LINKE in einem ersten Schritt bereits in den Doppelhaushalt 2019/20 Finanzmittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro pro Jahr zur Schaffung von Ferienangeboten für Kinder und Jugendliche mit Behin-

Eingegangen: 06.06.2019 / Ausgegeben: 07.06.2019

derungen eingestellt.

1. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wird gebeten, mit Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie ein Landesprogramm „Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken - Erweiterte Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ab der Sekundarstufe I“ zu entwickeln und im Rahmen der im Haushalt 2019/2020 zur Verfügung stehenden Mittel umzusetzen, um familien- und gleichstellungspolitisch begründete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Familien mit betroffenen Kindern und Jugendlichen zu schaffen.
2. Es ist eine Modellphase des Förderprogramms vorzusehen, mit der im Schuljahr 2019/20 vorbandene Angebote der Landeskreise und kreisfreien Städte für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung unterstützt und ausgebaut werden sowie die Schaffung neuer Angebote angeregt wird. Gefördert werden die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe unter Einbeziehung kommunaler Finanzierungsanteile.

Auf der Grundlage des am 28. Mai 2019 vorgelegten Berichtes des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie schätzt der Landtag den Bedarf und die Inanspruchnahme von Angeboten bisher so ein, dass bis zu ca. 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in der Sekundarstufe I und der Berufsbildungsstufe einen entsprechenden Betreuungsbedarf haben könnten, wobei die Erfahrung in bereits vorhandenen Angeboten in Richtung einer tatsächlichen Inanspruchnahme von etwa 25 Prozent weist. Dies entspricht einer Zahl von etwa 450 Kindern und Jugendlichen.

Im Rahmen der Modellphase des Förderprogramms ist eine pauschalisierte Förderung vorzusehen. Den antragstellenden Landkreisen und kreisfreien Städten soll für jedes Kind bzw. Jugendlichen, deren Eltern einen Betreuungsbedarf haben, für die Mitfinanzierung des Betreuungsangebots ein Festbetrag von 300 Euro je Betreuungsmonat zur Verfügung gestellt werden.

Die Höchstzuwendung beträgt je Kind bzw. Jugendlichen 3.600 Euro pro Schuljahr. Aufgrund des festgestellten akuten Bedarfs soll die Förderung der Betreuungsangebote zum frühestmöglichen Zeitpunkt während des Schuljahrs 2019/2020 beginnen.

3. Die Förderung soll auch allen Kindern und Jugendlichen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung zugutekommen, die allgemein bildende Schulen im gemeinsamen Unterricht oder Schulen in freier Trägerschaft besuchen.
4. Die in der Modellphase gesammelten Erfahrungen sind durch die Landesregierung spätestens im Frühjahr 2020 auszuwerten und zur Grundlage der Entwicklung eines regulären Förderprogramms ab dem Schuljahr 2020/2021 zu machen.

**Bericht:****A. Allgemeines**

Der Landtag hat den zugrundeliegenden Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/8996, in seiner 64. Sitzung am 29. Juni 2018 federführend an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie überwiesen. Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat hierzu in seiner 44. Sitzung am 29. November 2018 eine öffentliche Anhörung mit insgesamt sieben Anzuhörenden unter Beteiligung des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie durchgeführt.

Zwischenzeitlich hatten die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Gesetzentwurf für ein Teilhabeverbesserungsgesetz in den Landtag eingebracht, den der Landtag in seiner 72. Sitzung am 31. Januar 2019 ablehnte und gleichzeitig auf Grundlage eines Entschließungsantrages der Koalitionsfraktionen einen Beschluss fasste (Drucksache 6/10470-B) annahm, der eine Berichtspflicht der Landesregierung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport sowie den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie einschließlich der Erfassung und Bewertung der bereits vorhandenen Angebote enthielt.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport verständigte sich in seiner 46. Sitzung am 28. Februar 2019 darauf, den Bericht der Landesregierung zunächst abzuwarten und auf dieser Basis über eine Beschlussempfehlung an den Landtag zu debattieren. Eine zunächst mündliche Berichterstattung erfolgte in der 48. Sitzung des am 9. Mai 2019; ein schriftlicher Bericht der Ministerien für Bildung, Jugend und Sport sowie Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie lag zur 49. Sitzung am 6. Juni 2019 vor, in der sich der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport abschließend mit der Thematik befasste.

**B. Beratung**

Dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport lagen zur abschließenden Beratung in seiner 49. Sitzung am 6. Juni 2019 der schriftliche Bericht der Ministerien für Bildung, Jugend und Sport sowie Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zu dem Beschluss des Landtages (Drucksache 6/10470-B), eine mitberatende Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sowie der Entwurf eines Beschlusstextes der Fraktionen von SPD und DIE LINKE vor, dem sich nach Verständigung auf eine Bezugnahme auf eine Weiterentwicklung des zugrundeliegenden Antrages im Beschlusstext auch die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN als Antragstellerin anschloss.

Die beteiligten Ministerien erläuterten zunächst den auf der Basis des Beschlusses des Landtages (Drucksache 6/10470-B) erarbeiteten schriftlichen Bericht und nahmen insbesondere Bezug auf die komplexe rechtliche Lage, die originäre Zuständigkeit der Landkreise sowie die auf der Grundlage einer Umfrage ermittelten Bedarfe und prognostizierten Kosten.

Die Mitglieder der Fraktionen von SPD und DIE LINKE warben um Zustimmung zu dem vorgelegten Beschlusstext und nahmen Bezug auf die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung sowie die daraufhin fraktionsübergreifend festgestellte Notwendigkeit, die betroffenen Familien zu unterstützen. Der vorgelegte Entwurf reflektiere die komplexe rechtliche und haushalterische Situation und sehe die Beauftragung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport - mit Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie - vor, ein Landesprogramm „Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken - Erweiterte Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ab der Sekundarstufe I“ zu entwickeln und im Rahmen der im Haushaltsplan 2019/2020 zur Verfügung stehenden Mittel zunächst in einer Modellphase umzusetzen. Hierbei sollten die bestehenden Angebote der Landkreise unterstützt und ausgebaut sowie neue Angebote angeregt werden. Zudem richte sich das Programm nicht nur an Förderschüler, sondern auch an Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung an Regelschulen.

Fraktionsübergreifend wurde der zu fassende Beschluss als erster Schritt charakterisiert, der im Rahmen künftiger Haushaltsaufstellungen im Interesse der Betroffenen trotz der komplexen rechtlichen Situation zu verstetigen sei.

Die Vertreter der CDU-Fraktion kritisierten, dass eine außergesetzliche Regelung keine Perpetuierung der Förderung der betroffenen Kinder und Jugendlichen im Interesse der betroffenen Familien ermögliche. Die Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezeichnete die Bipolarität des ursprünglichen Entwurfes des Beschlusstextes der Fraktionen von SPD und DIE LINKE wegen der schlichten Ablehnung des zugrundeliegenden Antrages als unfair, erklärte sich indes mit der dann beschlossenen Änderung des Beschlusstextes, namentlich einer Bezugnahme auf die erfolgte Weiterentwicklung des ursprünglichen Antrages, einverstanden und schloss sich für ihre Fraktion dem Kreis der Antragsteller an.

Im Ergebnis beschloss der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport einstimmig bei zwei Enthaltungen (9:0:2), dem Landtag zu empfehlen, den Antrag der Fraktionen von CDU sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/8996) abzulehnen und in Weiterentwicklung dieses Antrags den oben unter 2. genannten Beschluss zu fassen.

#### Anlagen:

1. Mitberatende Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
2. Entwurf einer Beschlussempfehlung der Fraktionen von SPD, DIE LINKE sowie BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN
3. Bericht der Ministerien für Bildung, Jugend und Sport sowie Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zu dem Beschluss des Landtages „Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nach der sechsten Jahrgangsstufe, die aufgrund einer Behinderung einen Betreuungsbedarf haben, in gemeinsamer Verantwortung verbessern“ (Drucksache 6/10470-B) vom 4. Juni 2019 nebst Anlage



LANDTAG  
BRANDENBURG



Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Ausschuss für Arbeit,  
Soziales, Gesundheit,  
Frauen und Familie

Vorsitzende  
des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport  
Frau Gerit Große

Die Vorsitzende

im Hause

Datum: 16. Januar 2019

**Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen (Drucksache 6/8996)**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

der Landtag überwies den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen“ (Drucksache 6/8996) in der 64. Sitzung am 29. Juni 2018 an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport federführend und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Dieser befasste sich mit dem Beratungsgegenstand erstmals in seiner 37. Sitzung am 5. September 2018.

Am 29. November 2018 führte der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport in seiner 44. Sitzung eine öffentliche Anhörung durch, an der auch Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie teilgenommen haben.

In seiner 42. Sitzung am 16. Januar 2019 befasste sich der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie abschließend mit dem Beratungsgegenstand. Hierzu lagen den Ausschussmitgliedern ein gemeinsamer Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. Januar 2019 (Anlage 1) und ein gemeinsamer Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vom 16. Januar 2019 (Anlage 2) für eine dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zu übermittelnde Empfehlung vor.

Während der gemeinsame Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 1) mehrheitlich mit 3 : 6 : 1 Stimmen abgelehnt wurde, nahm der Ausschuss den gemeinsamen Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen (Anlage 2) einstimmig mit 6 : 0 : 4 Stimmen an und gibt damit im Wege seiner Stellungnahme folgende Empfehlung ab:







„Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz bekennt sich auch das Land Brandenburg zu einer inklusiven Gesellschaft. Mit dem Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket 2.0 von 2016 hat sich die Landesregierung bis 2021 folgendes Ziel gesetzt: die ‚wohnortnahe Aufnahme von Kindern mit Behinderung durch bedarfsgerechte Angebote zur speziellen Förderung in der Kindertagesbetreuung ermöglichen.‘

In der Anhörung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 29.11.2018 zum Antrag ‚Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf ‚geistige Entwicklung‘ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen‘ hat sich gezeigt, dass es wichtig ist, den Betreuungsbedarf von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen in Brandenburg zu ermitteln. Auf dieser Basis soll ressortübergreifend ein bedarfsorientiertes Konzept für ältere Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf ‚geistige Entwicklung‘ oder vergleichbarem Förderbedarf entwickelt und im ersten Schritt ab Sommer 2019, dem Schuljahr 2019/2020, umgesetzt werden. Dabei erscheint es sinnvoll, auf bereits bestehende Angebotsstrukturen in den Kommunen aufzubauen, wie zum Beispiel die familienentlastenden Dienste und die Ganztagsangebote in den Schulen, um eine zügige Erweiterung des Angebots zu erreichen. Um die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention weiter umzusetzen, sollte in einem weiteren Schritt das Angebot in Kooperation mit den Trägern der öffentlichen Jugendarbeit/Jugendhilfe auf alle Personenkreise erweitert werden.

Der AASGFF begrüßt in diesem Zusammenhang den ersten Schritt zur Entlastung der betroffenen Familien, mit den im Doppelhaushalt 2019/2020 veranschlagten Mitteln zur Förderung von Ferienangeboten für Kinder und Jugendliche mit individuellen Beeinträchtigungen (geistige Behinderung).

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie regt an, die Landesregierung zu bitten, unter Federführung des MBS, einen Umsetzungsvorschlag bis zum Ende des 2. Quartals 2019 dem Landtag vorzulegen.“

Mit freundlichen Grüßen

  
Sylvia Lehmann

#### Anlagen

- Anlage 1: gemeinsamer Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.01.2019
- Anlage 2: gemeinsamer Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vom 16.01.2019

(Anlage 1)

EINGEGANGEN

14. JAN. 2019

nr. 6-920  
Erledigt bei Lind + Mals'GF

Antrag zum Tagesordnungspunkt 2

der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Sitzung des Ausschusses Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie am 16.01.2019.

Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zum Antrag „Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen“, Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 6/8996.

Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (AASGFF) waren am 29.11.2018 mitberatend zu der Anhörung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) zum Antrag „Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen“, Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 6/8996 eingeladen.

In der Anhörung ergab sich ein breiter Konsens der eingeladenen Sachverständigen: Das unzureichende Angebot der Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ab der siebten Schuljahrgangsstufe kommt einer mangelnden Gewährleistung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gleich. Zur Umsetzung der im Jahr 2009 ratifizierten Konvention hat sich das Land Brandenburg jedoch verpflichtet. Die Landesregierung hat sich aufgrund der Nichterfüllung dieses Aspekts der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung bereits im Dezember 2016 im Rahmen des Behindertenpolitischen Maßnahmenprogramms 2.0 das Ziel gesetzt, bis 2021 die „wohnortnahe Aufnahme von Kindern mit Behinderungen durch bedarfsgerechte Angebote zur speziellen Förderung in der Kindertagesbetreuung ermöglichen“. Zuständig sind bisher die Landkreise und kreisfreien Städte, die diese wichtige Aufgabe jedoch sehr unterschiedlich wahrnehmen, sowohl quantitativ wie qualitativ.

Die Anhörung hat auch gezeigt, dass die Datenlage über die betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie ihre Familien unzureichend ist. Der AASGFF begrüßt daher die Befassung mit dem vorliegenden Antrag und spricht sich dafür aus, die Landesregierung aufzufordern, den Betreuungsbedarf von Kindern und Jugendlichen mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf umfassend zu erheben und dem Landtag darüber im Mai 2019 zu berichten. Des Weiteren regt der AASGFF an, den Rechtsanspruch auf Betreuung sowie den Rechtsanspruch auf Beförderung, einschließlich der im Rahmen der Schülerbeförderung, der betroffenen Kinder und Jugendlichen im Sinne einer verbesserten Teilhabe zu erweitern und eine diesbezügliche Lösung zu schaffen.

Potsdam, 11.01.2019

Kristy Augustin

für die CDU-Fraktion

Ursula Nonnemacher

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



(Anlage 2)



**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Brandenburg

An die Vorsitzende des Ausschusses  
für Arbeit, Soziales, Gesundheit,  
Frauen und Familie  
Frau Lehmann  
Im Hause



der SPD-Fraktion und  
der Fraktion DIE LINKE

für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie am 16. Januar 2019

Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zum Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf „geistiger Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen (Drucksache 6/8996)

Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz bekennt sich auch das Land Brandenburg zu einer inklusiven Gesellschaft. Mit dem Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket 2.0 von 2016 hat sich die Landesregierung bis 2021 folgendes Ziel gesetzt: die „wohnortnahe Aufnahme von Kindern mit Behinderung durch bedarfsgerechte Angebote zur speziellen Förderung in der Kindertagesbetreuung ermöglichen.“

In der Anhörung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 29.11.2018 zum Antrag „Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen“ hat sich gezeigt, dass es wichtig ist, den Betreuungsbedarf von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen in Brandenburg zu ermitteln. Auf dieser Basis soll ressortübergreifend ein bedarfsorientiertes Konzept für ältere Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf entwickelt und im ersten Schritt ab Sommer 2019, dem Schuljahr 2019/2020, umgesetzt werden. Dabei erscheint es sinnvoll, auf bereits bestehende Angebotsstrukturen in den Kommunen aufzubauen, wie zum Beispiel die familienentlastenden Dienste und die Ganztagsangebote in den Schulen, um eine zügige Erweiterung des Angebots zu erreichen. Um die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention weiter umzusetzen, sollte in einem weiteren Schritt das Angebot in Kooperation mit den Trägern der öffentlichen Jugendarbeit/Jugendhilfe auf alle Personenkreise erweitert werden.




Der AASGFF begrüßt in diesem Zusammenhang den ersten Schritt zur Entlastung der betroffenen Familien, mit den im Doppelhaushalt 2019/20 veranschlagten Mitteln zur Förderung von Ferienangeboten für Kinder und Jugendliche mit individuellen Beeinträchtigungen (geistige Behinderung).

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie regt an, die Landesregierung zu bitten, unter Federführung des MBJS, einen Umsetzungsvorschlag bis zum Ende des 2. Quartals 2019 dem Landtag vorzulegen.

Potsdam, 16.01.2019

  
Sylvia Lehmann  
für die SPD-Fraktion

  
Bettina Fortunato  
für die Fraktion DIE LINKE



**Vorlage für eine Beschlussempfehlung zum Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen“ (Drs. 6/8996)**

1. Der Landtag möge den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen“ (Drs. 6/8996) ablehnen.
2. In Weiterentwicklung dieses Antrags möge der Landtag folgenden Beschluss fassen:

**Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken - Erweiterte Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ab der Sekundarstufe I**

Kinder haben in Brandenburg bis zum Ende der sechsten Jahrgangsstufe einen – bedarfsabhängigen – Anspruch auf Kindertagesbetreuung. Es ist davon auszugehen, dass die Schaffung von bedarfsdeckenden Betreuungsangeboten am Nachmittag für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Landkreise und kreisfreien Städte erfolgt. Die Erfahrung zeigt, dass dies nicht überall im Land im ausreichenden Maße gelingt. Wiederholt beklagen sich betroffene Eltern darüber, dass sie nicht nur erhebliche Mehrbelastungen durch die Erziehung ihrer Kinder mit Behinderungen schultern, sondern auch Einschränkungen im Blick auf die Berufstätigkeit hinnehmen müssen, wenn ein entsprechendes bedarfsdeckendes Angebot nicht vorhanden ist. Aus diesem Grund haben die Fraktionen von SPD und DIE LINKE in einem ersten Schritt bereits in den Doppelhaushalt 2019/20 Finanzmittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro pro Jahr zur Schaffung von Ferienangeboten für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen eingestellt.

1. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wird gebeten, mit Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie ein Landesprogramm „**Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken – Erweiterte Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ab der Sekundarstufe I**“ zu entwickeln und im Rahmen der im Haushalt 2019/2020 zur Verfügung stehenden Mittel umzusetzen, um familien- und gleichstellungspolitisch begründete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Familien mit betroffenen Kindern und Jugendlichen zu schaffen.

2. Es ist eine Modellphase des Förderprogramms vorzusehen, mit der im Schuljahr 2019/20 vorhandene Angebote der Landeskreise und kreisfreien Städte für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung unterstützt und ausgebaut werden sowie die Schaffung neuer Angebote angeregt wird. Gefördert werden die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe unter Einbeziehung kommunaler Finanzierungsanteile.

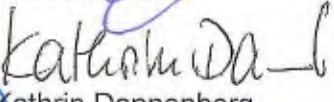
Auf der Grundlage des am 28. Mai 2019 vorgelegten Berichtes des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie schätzt der Landtag den Bedarf und die Inanspruchnahme von Angeboten bisher so ein, dass bis zu ca. 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in der Sekundarstufe I und der Berufsbildungsstufe einen entsprechenden Betreuungsbedarf haben könnten, wobei die Erfahrung in bereits vorhandenen Angeboten in Richtung einer tatsächlichen Inanspruchnahme von etwa 25 Prozent weist. Dies entspricht einer Zahl von etwa 450 Kindern und Jugendlichen.

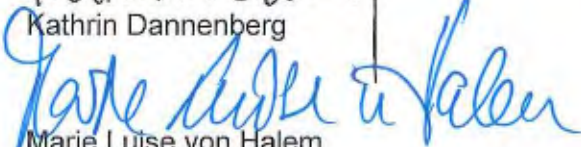
Im Rahmen der Modellphase des Förderprogramms ist eine pauschalierte Förderung vorzusehen. Den antragstellenden Landkreisen und kreisfreien Städten soll für jedes Kind bzw. Jugendlichen, deren Eltern einen Betreuungsbedarf haben, für die Mitfinanzierung des Betreuungsangebots ein Festbetrag von 300 Euro je Betreuungsmonat zur Verfügung gestellt werden.

Die Höchstzuwendung beträgt je Kind bzw. Jugendlichen 3.600 Euro pro Schuljahr. Aufgrund des festgestellten akuten Bedarfs soll die Förderung der Betreuungsangebote zum frühestmöglichen Zeitpunkt während des Schuljahrs 2019/2020 beginnen.

3. Die Förderung soll auch allen Kindern und Jugendlichen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung zugutekommen, die allgemein bildende Schulen im gemeinsamen Unterricht oder Schulen in freier Trägerschaft besuchen.
4. Die in der Modellphase gesammelten Erfahrungen sind durch die Landesregierung spätestens im Frühjahr 2020 auszuwerten und zur Grundlage der Entwicklung eines regulären Förderprogramms ab dem Schuljahr 2020/2021 zu machen.

  
Simona Koß

  
Kathrin Dannenberg

  
Marie Luise von Halem



**Bericht zu dem Beschluss des Landtages Brandenburg „Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nach der sechsten Schuljahrgangsstufe, die aufgrund einer Behinderung einen Betreuungsbedarf haben, in gemeinsamer Verantwortung verbessern“ (Drucksache 6/10470-B)**

## 1. Anlass

Der Landtag hat mit Beschluss vom 31. Januar 2019 die Ministerien für Bildung, Jugend und Sport und für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie aufgefordert, schnellstmöglich in Beratung mit der kommunalen Ebene

- die Anzahl der Kinder und Jugendlichen nach der sechsten Schuljahrgangsstufe, die aufgrund ihrer Behinderung den Bedarf einer Nachmittagsbetreuung während der Schulzeit und den Bedarf einer Ferienbetreuung haben, zu erheben, und diesen unterteilt nach Art der Einschränkung, besuchter Schulform, Landkreisen und kreisfreien Städten darzustellen.
- zu prüfen, wie die Nachmittags- und Ferienbetreuung von Kindern und Jugendlichen nach der sechsten Schuljahrgangsstufe, die aufgrund ihrer Behinderung einen Betreuungsbedarf haben, verbessert werden kann und welche Mittel erforderlich wären, um entsprechende Maßnahmen finanziell zu untersetzen.
- den Ausschüssen für Bildung, Jugend und Sport sowie für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zu berichten, welche Schritte zur Umsetzung des im Landesjugendplan 2019 veranschlagten Landesprogramms zur Förderung von Ferienangeboten für Kinder und Jugendliche mit individuellen Beeinträchtigungen (geistige Entwicklung) unternommen wurden.
- den Ausschüssen für Bildung, Jugend und Sport sowie für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zu berichten, welche Erkenntnisse zu den Angeboten der Nachmittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler nach der sechsten Schuljahrgangsstufe, die aufgrund ihrer Behinderung einen Betreuungsbedarf haben, vorliegen. Dabei sollen spezifische Erkenntnisse hinsichtlich der Herausforderungen bei der Beförderung der Kinder und Jugendlichen im metropolpolfernen Raum unter Beteiligung der Kreise und kreisfreien Städte gesondert dargelegt werden;
- zu prüfen, ob und inwieweit das sonstige pädagogische Personal im Rahmen von Ganztagsangeboten verstärkt in die Betreuung von Kindern und Jugendlichen nach der sechsten Schuljahrgangsstufe, die aufgrund ihrer Behinderung einen Betreuungsbedarf haben, eingebunden werden kann.

## 2. Rechtslage

Es wird davon ausgegangen, dass die Kinder und Jugendlichen, die nach der sechsten Schuljahrgangsstufe auf Grund ihrer Behinderung einen verstärkten Betreuungsbedarf haben, in erster Linie die Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ besuchen und in geringerem Umfang den gemeinsamen Unterricht an allgemeinen Schulen.

### **a) Schulrechtlicher Rahmen**

Schulen mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ (FS gE) sind Ganztagschulen. Gemäß Nr. 12 Abs. 2 Verwaltungsvorschriften über Ganztagsangebote an allgemeinbildenden Schulen (VV-Ganztags) umfasst der Ganztagsbetrieb in der Woche 33,5 Zeitstunden, an vier Tagen sieben und an einem Tag 5,5 Zeitstunden. Er gliedert sich in Unterricht (17,5 Zeitstunden) und pädagogisch gelenkte Betreuungsangebote (16 Zeitstunden). Der Unterricht und die pädagogisch gelenkten Betreuungsangebote bilden eine pädagogische Einheit und bedürfen eines pädagogischen Ganztagskonzepts.

### **b) Kindertagesbetreuung**

Das Kindertagesstättengesetz Brandenburg (KitaG) regelt den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für Kinder und Jugendliche, die die Schule besuchen, in § 1 Abs. 2 wie folgt: „Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Versetzung in die fünfte Schuljahrgangsstufe haben einen Rechtsanspruch auf Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung in Kindertagesstätten, der auch nach Maßgabe des Absatzes 4 erfüllt werden kann. Kinder bis zum vollendeten ersten Lebensjahr und Kinder der fünften und sechsten Schuljahrgangsstufe haben einen Rechtsanspruch, wenn ihre familiäre Situation, insbesondere die Erwerbstätigkeit, die häusliche Abwesenheit wegen Erwerbsuche, die Aus- und Fortbildung der Eltern oder ein besonderer Erziehungsbedarf Tagesbetreuung erforderlich macht.“

Nach der sechsten Jahrgangsstufe gibt es keinen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung mehr. Die vorhandenen Kindertageseinrichtungen (Horte) sind auch in der Regel pädagogisch-fachlich nicht auf die Aufnahme von Jugendlichen eingerichtet. Aus fachlicher Sicht ist es überdies nicht angemessen, Jugendliche gemeinsam mit jüngeren Kindern zu betreuen, unabhängig davon, ob es sich um Jugendliche mit oder ohne Behinderung handelt.

### **c) Eingliederungshilfe:**

Im Sinne von § 1 SGB IX erhalten Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Menschen Leitungen nach dem SGB IX und den für die Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen, um ihre Selbstbestimmung und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken. Dabei wird den Kindern mit Behinderungen und von Behinderung bedrohten Kindern sowie Menschen mit seelischen Behinderungen oder von einer solchen Behinderung bedrohter Menschen Rechnung getragen.

Gemäß § 90 Abs. 1 Satz 1 SGB IX ist Aufgabe der Eingliederungshilfe, Leistungsberechtigten eine individuelle Lebensführung zu ermöglichen, die der Würde des Menschen entspricht, und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern. Die Leistung der Eingliederungshilfe soll sie befähigen, ihre Lebensplanung und -führung möglichst selbstbestimmt und eigenverantwortlich wahrnehmen zu können. Rechtsgrundlage der Leistungen der Eingliederungshilfe sind §§ 53, 54 SGB XII in der Fassung bis zum 31.12.2019. Auf der Grundlage der derzeit geltenden Rechtslage nach dem SGB XII als auch bei der Rechtsgrundlage ab dem 01.01.2020 nach dem SGB IX sind Leistungen der Eingliederungshilfe ausschließlich individualrechtliche Ansprüche. Der individualrechtliche Anspruch wird insoweit auch nicht durch ein „Poolen“ von Leistungen, das durch die gemeinsame Leistungserbringung an mehrere Leistungsberechtigte erfolgt, konterkariert. Insoweit bleibt es bei dem Grundsatz, dass Leistungen der Eingliederung grundsätzlich auf Grundlage eines bedarfsorientierten und personenzentrierten Individualanspruches nach dem SGB XII (in der Fassung bis zum 31.12.2019) bzw. nach dem SGB IX (in der Fassung ab dem 01.01.2020) gewährt werden.



Die Umsetzung der Leistungen der Eingliederungshilfe obliegt im Land Brandenburg gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB IX) den Landkreisen und kreisfreien Städten als örtliche Träger der Eingliederungshilfe.

Die örtlichen Träger der Eingliederungshilfe sind sachlich zuständig für die Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX). Sie nehmen diese Aufgaben als pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten wahr. Dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie als überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe i.S.d. § 3 Satz 3 AG-SGB IX obliegt daher nur die Rechtsaufsicht gegenüber den örtlichen Träger der Eingliederungshilfe, es kann daher nicht die Zweckmäßigkeit, d.h. Art und Weise der Aufgabenerfüllung den Landkreisen und kreisfreien Städten vorgeben. Unabhängig von der dargelegten materiellen Rechtslage fehlt es somit im Rechtskreis der Eingliederungshilfe schon an Steuerungsmöglichkeiten des Landes, um ein landesweit gleichmäßiges Angebot sicherzustellen.

### **3. Bedarf an Nachmittagsbetreuung**

Im Land Brandenburg gab es (am Stichtag der Schuldatenerhebung, 17.9.2018) insgesamt 3.845 Schülerinnen und Schüler mit einem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung oder einer schweren Mehrfachbehinderung. Von ihnen besuchten 104 die Jahrgangsstufen 7-13 in Schulen des gemeinsamen Lernens und insgesamt 1.800 die Sekundarstufe I oder die Berufsbildungsstufe in Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung (gE). Insgesamt gab es am Stichtag also 1.904 Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung oder einer schweren Mehrfachbehinderung nach der sechsten Schuljahrgangsstufe bzw. der Primarstufe. Es ist davon auszugehen, dass unter den altersgleichen Schülerinnen und Schülern mit anderen Förderschwerpunkten nur vereinzelt ein behinderungsbedingter zusätzlicher Betreuungsbedarf am Nachmittag entsteht und dieser in der Regel über Leistungen der Eingliederungshilfe gedeckt werden kann. Die Verteilung der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt gE oder schwerer Mehrfachbehinderung auf die Landkreise und kreisfreien Städte ergibt sich aus der beigefügten Tabelle in Anlage 1.

Eine prognostische Ermittlung des Bedarfs an Nachmittagsbetreuung stößt auf verschiedene Unwägbarkeiten. Dazu sind in erster Linie die Kosten des Angebotes zu zählen, die Erreichbarkeit des Angebots und Fragen des Schüler(spezial)verkehrs. Insofern ist davon auszugehen, dass ein grundsätzlich vorhandener Bedarf nicht immer auch zur Inanspruchnahme eines unterbreiteten Angebots führt. Um den Umfang der benötigten Angebote der Nachmittagsbetreuung näherungsweise zu ermitteln, ist eine Befragung der Schulleitungen der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt gE in öffentlicher Trägerschaft durchgeführt worden. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Bedarfslagen nicht wesentlich von denen in Schulen freier Trägerschaft unterscheiden. Da in einigen Landkreisen und kreisfreien Städten Angebote der Nachmittagsbetreuung bestehen, darf unterstellt werden, dass die Bedarfseinschätzungen auch die tatsächliche Inanspruchnahme der vorhandenen Angebote als Korrektiv berücksichtigen. Der von den Schulleitungen eingeschätzte Bedarf liegt zwischen ca. 35% und ca. 50% der Schülerinnen und Schüler, wobei die tatsächliche Inanspruchnahme in einigen Fällen niedriger liegt (Angaben zwischen 10% und 50%).

Der ermittelte Bedarf bezieht sich auf alle Schülerinnen und Schüler und differenziert nicht nach dem Lebensalter. Es wird im Folgenden unterstellt, dass bei den betrachteten Schülerinnen und Schülern nach der sechsten Schuljahrgangsstufe der Bedarf bei denen, die den gemeinsamen Unterricht an einer allgemeinen Schule gemeinsamen Lernens besuchen, nicht ausgeschlossen werden, jedoch zahlenmäßig außer Betracht gelassen kann. Bei den Schülerinnen und Schülern der Förderschulen gE wird jenseits der Primarstufe von einem Bedarf bei bis zu ca. 40% der betroffenen Familien ausgegangen.



Danach ist davon auszugehen, dass die Familien von bis zu 750 Schülerinnen und Schülern einen entsprechenden Bedarf an Nachmittagsbetreuung haben. Diese Schätzung stellt die Obergrenze einer Inanspruchnahme von Angeboten der Nachmittagsbetreuung dar. Insbesondere auf Grund der Erfahrungen der Kommunen, die bereits jetzt Angebote vorhalten, ist von einer geringeren Inanspruchnahme auszugehen, etwa im Bereich von 25%.

Damit ist noch nicht angesprochen, ob solche Angebote den fachlichen Ansprüchen, die sich vor allem aus der Vorgabe zur Entwicklung inklusiver Hilfen zur sozialen Integration ergeben, genügen können. Aus der Perspektive der Schülerinnen und Schüler, bei denen es sich in der Mehrheit um Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren handelt, ist auch wesentlich, dass sie – wie alle jungen Menschen dieser Altersgruppe – ihre Freizeit interessengeleitet und in der Gruppe Gleichaltriger verbringen möchten. Wird darüber nachgedacht, verbesserte Bedingungen zu schaffen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern von Kindern und Jugendlichen, die auf Grund ihrer Behinderung einen erhöhten Betreuungsbedarf haben, dann muss daher die Anschlussfähigkeit an inklusive sozialpädagogische Angebote im Sozialraum zumindest grundsätzlich vorhanden sein.

#### **4. Vorhandene Angebote der Nachmittagsbetreuung**

In der Folge des Landtagsbeschlusses haben die Staatssekretäre von MBS und MASGF die Landrätinnen und Landräte sowie Oberbürgermeister im Land Brandenburg angeschrieben und um Auskunft über vorhandene – auf kommunaler Ebene organisierte – Angebote der Nachmittagsbetreuung gebeten.

Von den 18 angeschriebenen Kommunen verfügen 12 über entsprechende Angebote, zum Teil auch über mehrere verschiedene Angebotsformen an unterschiedlichen Standorten. In einem Fall wird das bisher bestehende Angebot mangels Nachfrage im Moment nicht vorgehalten.

Eine zusammenfassende Betrachtung ergibt, dass es sich um Angebote sehr unterschiedlichen Charakters handelt. Offensichtlich haben die zuständigen Behörden der Landkreise und kreisfreien Städte Angebote entwickelt, die einerseits die tatsächlichen, je nach Kommune sehr unterschiedlichen Bedarfe berücksichtigen und andererseits pragmatische Lösungen der vor Ort vorhandenen Träger, in der Regel von Jugendhilfeangeboten, aufnehmen.

In vier Fällen sind die Lösungen in Kooperation mit Angeboten der Kindertagesbetreuung entwickelt worden. Davon ist ein Angebot beschränkt auf Kinder bis 14 Jahre, die anderen ermöglichen in Einzelfällen die Betreuung auch von Jugendlichen bis zum Alter von 16 Jahren. Die von den Kommunen getragenen Kosten für diese Angebote liegen zwischen 475 Euro und 1.464 Euro je Platz und Monat, wobei jedoch nicht bekannt ist, in welchem Umfang die Eltern selbst Kostenbeiträge leisten.

Fünf andere Modelle bieten Nachmittagsangebote bis 16:00 Uhr oder bis 18:30 Uhr am Ort der Förderschule. Träger der Angebote sind mehrheitlich familienentlastende Dienste oder Vereine, in zwei Fällen wird die Nachmittagsbetreuung durch Personal (Erzieher bzw. Erzieherin) des Landkreises als Schulträger geleistet. Bei diesen Modellen sind die Kosten, die von kommunaler Seite übernommen werden, nicht auf einzelne Plätze bezogen, sondern liegen für Gruppen von 5 bis 6 Kinder und Jugendliche jeweils bei ca. 27.000 Euro pro Jahr, also etwa bei den Kosten einer halben Erzieherstelle. Ein Landkreis hat als Schulträger den Ganztag bis 16:00 Uhr bzw. 15:00 Uhr am Freitag ausgeweitet, die hierfür dem Landkreis entstehenden Kosten werden ebenfalls mit 20 Wochenstunden (1/2 VZE) einer Erzieherin/eines Erziehers beziffert. Angaben zur Inanspruchnahme liegen hier jedoch nicht vor.

In einem Landkreis wird das Nachmittagsangebot durch Selbsthilfe der Eltern organisiert, die Kosten dafür werden über Eingliederungshilfe oder die Pflegekasse getragen. Ein letztes Modell ist die Schulanschlussbetreuung an einem Schulstandort mit Kostenpauschalen, die sich nach der Zahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen richtet und zwischen 1.200 Euro und 2.300 Euro je Platz monatlich kostet, wobei nicht bekannt ist, in welcher Höhe hier Kosten durch die Eingliederungshilfe übernommen werden.

Blendet man die höchst unterschiedlichen Bedarfslagen aus und abstrahiert von der verhältnismäßig großen Spreizung der Kostensätze, kann man den durchschnittlichen Aufwand, der den kommunalen Verwaltungen durch ein am Nachmittag betreutes Kind/einen Jugendlichen entsteht, im Mittel mit ca. 700 Euro monatlich oder 8.400 Euro jährlich beziffern. Geschaffen werden damit Angebote, die flexibel auf unterschiedliche Bedarfe reagieren und mit einem unter pädagogischen Gesichtspunkten verhältnismäßig günstigen Personalschlüssel arbeiten (teilweise 1:3, max. 1:6). Tatsächlich inklusive Ansätze sind hier selten, aber in einzelnen Fällen erkennbar.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt gE, die die vorhandenen Angebote der Nachmittagsbetreuung tatsächlich nutzen, in jedem einzelnen Landkreis/jeder einzelnen kreisfreien Stadt verhältnismäßig klein ist und in jedem Fall deutlich geringer als die unter Ziff. 2 beschriebenen, möglichen Bedarfe. Insbesondere lässt die im statistischen Sinne kleine Zahl der Nutzerinnen und Nutzer keine allgemein gültigen Ableitungen zu, etwa im Hinblick auf Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen oder im Hinblick auf mögliche Beförderungsprobleme im metropolenfernen Raum. Die dahingehenden im Landtagsbeschluss aufgeworfenen Fragestellungen können daher nicht seriös beantwortet werden.

## **5. Ausdehnung des Ganztags an den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung**

Eine - grundsätzlich denkbare - Möglichkeit, zu einer verbesserten Betreuung am Nachmittag zu kommen, ist die Ausdehnung der Dauer des Ganztags an den Förderschulen gE. Schulen mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ sind Ganztagschulen (s.o. Ziff. 2.a). Der Unterricht und die pädagogisch gelenkten Betreuungsangebote bilden eine pädagogische Einheit und bedürfen eines pädagogischen Ganztagskonzepts.

Zu beachten ist dabei, dass das Konzept der Ganztagschule zwar neben bildungspolitischen Aspekten auch dem Grundsatz der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet ist, dabei jedoch nicht auf individuell unterschiedliche Betreuungsbedarfe abhebt, sondern ein schulisches Bildungsangebot für alle Schülerinnen und Schüler der Förderschulen gE darstellt. Das Ganztagsangebot besteht daher aufgrund der gesetzlichen Bestimmung für alle Schülerinnen und Schüler.

Die personelle Ausstattung umfasst grundständig sonderpädagogisch ausgebildete Lehrkräfte (A13), sonderpädagogisch qualifizierte „Zweitlehrkräfte“ (E10) und sonstiges pädagogisches Personal (E9). Der Ausstattungsbedarf ergibt sich aus Anlage 4 zur Verwaltungsvorschriften über die Unterrichtsorganisation (VV-Unterrichtsorganisation):

- Lehrkräfte: 7 Lehrerwochenstunden je Schüler/in;
- sonstiges pädagogisches Personal: 0,8 VZE je 20 Schüler/innen.

Es wird davon ausgegangen, dass eine Ausweitung des Ganztagsbetriebs nicht mit einer Ausdehnung des Unterrichtsangebots verbunden wäre, sondern allein die pädagogisch gelenkten Betreuungsangebote beträfe und deshalb überwiegend durch sonstiges pädagogisches Personal, nicht durch Lehrkräfte abgesichert würde.

Gleichzeitig wird unterstellt, dass eine zur Deckung der Betreuungsbedarfe am Nachmittag dienende zeitliche Ausdehnung des Ganztags den Freitag in gleicher Weise einbeziehen müsste wie die anderen Wochentage. Das könnte die Ausdehnung des Ganztags auf z.B. um 6 1/2h wöchentlich auf 40 Zeitstunden pro Woche (bei um eine Stunde verlängerter Betreuung) bedeuten.

Aus pädagogischer Sicht ist darauf hinzuweisen, dass die Ausdehnung der Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt gE in der Schule auf mehr als 8 Stunden täglich als nicht vertretbar angesehen wird.

Umgerechnet auf die Sekundarstufe I und die Berufsbildungsstufe der Förderschulen gE im Land Brandenburg ergäbe die Erweiterung des Ganztagsangebots um eine Stunde täglich einen Mehrbedarf von 48 Vollzeitstellen des sonstigen pädagogischen Personals. Der finanzielle Mehrbedarf läge bei 3,0 Mio Euro. Die Absicherung eines erweiterten Ganztags ist angesichts der tatsächlichen Personalausstattung der Förderschulen gE unrealistisch. Bei Inanspruchnahme auch von Lehrkräften entstünden wesentlich höhere Gesamtkosten.

Eine solche Ausweitung des Ganztagsangebots an den Förderschulen gE lässt sich nur realisieren, wenn die hierfür die notwendigen Stellen mit entsprechendem Personalbudget im EP 05 zur Verfügung gestellt werden.

Erreicht würde damit eine Lösung, die wenig flexibel auf individuelle Bedarfe reagiert und Inklusion kaum oder gar nicht ermöglicht. Es würden vielmehr auf der einen Seite junge Menschen länger am Ort Schule gehalten, die diesen Bedarf gar nicht haben. Andererseits wären individuelle Betreuungsbedarfe etwa nach Angeboten, die tageweise bis 18:00 Uhr öffnen, immer noch nicht gedeckt.

## **6. Andere Einbindung der Fachkräfte des sonstigen pädagogischen Personals**

Denkbar wäre, Fachkräften, die als sonstiges pädagogisches Personal nicht in Vollzeit beschäftigt sind, eine Nebentätigkeit bei einem anderen Anbieter von Betreuung von Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt gE zu ermöglichen; einzelne von den Landkreisen bereits berichtete Modelle legen diese Praxis nahe. Der Bedarf dieser Träger nach Fachpersonal, das stundenweise am Nachmittag zur Verfügung steht, aber nicht in Vollzeit beschäftigt ist, könnte auf diese Weise teilweise gedeckt werden. Diese Frage ist aber bisher nicht mit in Frage kommenden Trägern diskutiert worden.

## **7. Ferienmaßnahmen für Jugendliche mit Behinderungen**

Der Landtag hat mit dem Beschluss zum Landeshaushalt im Landesjugendplan 2019/20 Fördermittel von jährlich 1,2 Millionen Euro für die Entwicklung eines Landesprogramms zur Förderung von Ferienmaßnahmen für Jugendliche mit Behinderungen zur Verfügung gestellt. Beabsichtigt ist, ein Förderprogramm zu entwickeln, das einerseits unter der Maßgabe von § 13 SGB VIII niedrigschwellige sozialpädagogische Hilfen entwickelt, die junge Menschen mit individuellen Beeinträchtigungen bei der sozialen Integration unterstützen, und andererseits die Schwierigkeiten mindern, die ihre Eltern bei der Gewährleistung der Betreuung in den Ferienzeiten haben. Als Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollen die zu fördernden Maßnahmen inklusiv und gruppenbezogen ausgestaltet werden, um den Bedarfen von Jugendlichen mit Behinderung nach Freizeitgestaltung in Gruppen Gleichaltriger gerecht zu werden. Solche Angebote bestehen bisher nur in Einzelfällen und sind selten systematisch entwickelt worden. Zu Umsetzung dieses Programms wird ein landesweit tätiger Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe benötigt, der über ausreichend Erfahrungen sowohl in der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit als auch in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen verfügt.



Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat unmittelbar nach dem Beschluss des Landtags über den Haushalt 2019/20 landesweit arbeitende Träger angeschrieben (unter anderem die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und den Landessportbund) und über die beabsichtigte Förderung informiert sowie auf die Notwendigkeit der Gewinnung eines Trägers für eine Zentralstelle hingewiesen. In der Folge wurden mit Vertretern mehrerer Verbände Gespräche geführt. In der 20. Kalenderwoche sind im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Anträge von zwei an der Übernahme einer entsprechenden Zentralstelle interessierten Trägern der freien Jugendhilfe eingegangen.

Die Herausforderung der Anfangsphase besteht darin, einerseits ein Netzwerk interessierter und offener Anbieter aus der Jugendarbeit, die Ferienmaßnahmen anbieten, aufzubauen und andererseits geeignete Betreuerinnen und Betreuer mit fachlichen Vorkenntnissen zu gewinnen und ihnen die notwendigen Kenntnisse hinsichtlich des inklusiven Arbeitens in sozialpädagogischen Zusammenhängen zu vermitteln. In Kürze ist im MBS der Entscheidungsprozess abgeschlossen, welcher der beiden Trägerverbände die Zuwendung erhalten wird.

Die Leiterinnen und Leiter der Staatlichen Schulämter und die Leiterinnen und Leiter der Jugendämter der Landkreise und kreisfreien Städte wurden im Dezember 2018 über die beabsichtigte Förderung und die Rahmenbedingungen des Landesprogramms informiert.

#### **8. Mögliche Verbesserung der Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche, die auf Grund ihrer Behinderung einen erhöhten Betreuungsbedarf haben**

Der Gesamtkomplex fehlender Betreuungsangebote am Nachmittag ist den Landkreisen und kreisfreien Städten in dem unter Ziffer 4 genannten Schreiben dargestellt worden. Im Brandenburger Steuerungskreis nach AG KJHG ist am 14. Mai 2019 die Gelegenheit genutzt worden, den für Fragen der Eingliederungshilfe Zuständigen aus den Landkreisen und kreisfreien Städten den gegenwärtigen Diskussionsstand einschließlich der erkennbaren Möglichkeiten einer Verbesserung vorzustellen. Von kommunaler Seite ist darauf hingewiesen worden, dass sie zwar den Willen teilt, zu einer nachhaltigen Verbesserung der Betreuungssituation zu kommen, in der Kürze der gegebenen Zeit jedoch eine angemessene inhaltlich-fachliche Befassung durch die kommunalen Verantwortungsträger nicht möglich ist.

Aus Sicht der beteiligten Ministerien sind folgende Gesichtspunkte wesentlich:

- a) Es handelt sich um eine kleine Zahl Betroffener, gemessen an der Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen im Land Brandenburg, die insgesamt die Schule besuchen. Aus gutem Grund ist für die Lösung der hier diskutierten Probleme die kommunale Gemeinschaft in Selbstverwaltung zuständig, entweder auf der Gemeindeebene selbst oder gebündelt bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Mehrheit der brandenburgischen Landkreise und kreisfreien Städte nimmt diese Verantwortung auch wahr und schafft Betreuungsmöglichkeiten am Nachmittag, in der Regel unter Einsatz eigener Haushaltsmittel. Es erscheint legitim, von Landesseite auf die grundsätzliche kommunale Zuständigkeit hinzuweisen und an die Kommunen zu appellieren, z.B. aus der Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe heraus flächendeckend, aber bedarfsgerecht Lösungen zu entwickeln. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre und der grundsätzliche Nachrang von Leistungen der Eingliederungshilfe lassen ein solches Vorgehen jedoch bisher wenig erfolgversprechend erscheinen, sonst gäbe es nicht die trotz aller erreichten Verbesserungen anhaltenden Beschwerden der betroffenen Familien.
- b) Eine Ausweitung des Ganztags wäre möglich, die Kostenfolgen liegen bei mindestens 3 Mio. Euro bei Verlängerung um 6 1/2 Stunden je Woche auf insgesamt 40 Stunden Unterricht und Betreuung und einer Gruppengröße von 1:6.

Diese Kosten bilden nur die reinen zusätzlichen Personalkosten ab und sind daher nicht mit den Kosten für die vorhandenen Angebote vergleichbar, bei denen von den Kosten der Räume einschließlich der Investitionen bis hin zum Overhead der Träger alle Betriebskosten mitkalkuliert sind. Die von hier aus nicht bezifferbaren Kosten der Schulträger und zusätzliche Kosten der Träger der Schülerbeförderung müssten zusätzlich in Betracht gezogen werden.

Unter Ziffer 3 ist deutlich geworden, dass ein solcher Ansatz nicht auf individuelle Bedarfe eingehen kann und eine Öffnung in Richtung Inklusion kaum möglich ist. Im Gegenteil: Es besteht die Gefahr, dass Jugendliche, die jetzt ihre Freizeit selbstbestimmt und eventuell auch im Kreis von Gleichaltrigen ohne Behinderung verbringen können, am Ort Förderschule verbleiben würden, was nicht ihren Bedürfnissen entspricht und auch nicht im Interesse der Allgemeinheit sein kann. Das MBJS hält eine solche Lösung daher nicht für sachgerecht.

- c) Es ist sinnvoll, nach einer Lösung zu suchen, die weder den fachlichen Logiken der Eingliederungshilfe noch dem verpflichtenden Rahmen des Schulwesens unterworfen ist. Es bietet sich an, Mittel des Landes einzusetzen, um die bei den Kommunen vorhandenen Problemlösungskompetenzen zu stärken (vgl. oben Ziffer 7a) und auf diese Weise Ansätze zu unterstützen, die sich aus den konkreten örtlichen Bedingungen heraus entwickelt entwickeln, die sehr unterschiedlichen Bedarfslagen der Familien in den verschiedenen Sozialräumen aufnehmen und die Kooperation mit sozialräumlich vorhandenen Angeboten beispielsweise der offenen Jugendarbeit von vornherein ermöglichen. Auf diese Weise wäre Inklusion wenigstens als Möglichkeit mitgedacht. Die bestehenden Angebote sollen dadurch unterstützt und deren Ausbau gefördert werden.

In Ziffer 2 ist der landesweite Bedarf mit höchstens 750 Kindern und Jugendlichen beziffert worden. Die Erfahrungen der vorhandenen Angebote der Nachmittagsbetreuung lassen die Prognose zu, dass die tatsächliche Inanspruchnahme spürbar niedriger ausfallen wird, mit einer wahrscheinlichen Inanspruchnahme durch etwa 450 Familien. Bei jährlichen Kosten von im Mittel 8.400 Euro pro Platz ergäben sich Kosten von bis zu 6,048 Mio. Euro. Damit wäre es möglich, einen Personalschlüssel von etwa 1:4 abzusichern und zusätzliche Betreuungszeiten von bis zu 15 Stunden pro Woche und Schülerin/Schüler.

Die Lösung könnte darin bestehen, den Landkreisen und kreisfreien Städten ein Förderprogramm anzubieten, das dem Ziel der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie dient für diejenigen Familien, deren Kinder auf Grund einer Behinderung einen erhöhten Betreuungsbedarf haben. Angesichts der sehr unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten kommt dabei vorzugsweise ein Festbetrag in Frage, der pauschal pro Schülerin oder Schüler in der zusätzlichen Nachmittagsbetreuung gewährt wird, und mit 300 Euro monatlich etwa die Hälfte des o.g. mittleren Betrags beträgt. Dafür müssten jährlich bis zu 1,62 Millionen Euro zusätzlich im Landeshaushalt für ein reguläres Förderprogramm ab dem Schuljahr 2020/2021 zur Verfügung gestellt werden. Die Gesamthöhe ist allerdings abhängig von der nicht genau prognostizierbaren Inanspruchnahme durch die Familien.

Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" und Schüler und Schülerinnen mit schwerer Mehrfachbehinderung ohne den Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" an allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft im Schuljahr 2018/19 nach Jahrgangsstufe, Förderschule oder Gemeinsamer Unter- und Schulform der Schule

Datenquelle: Schuldatenerhebung 2018/19, Stichtag: 17.09.2018 für allgemeinbildende Schulen

Jahrgangsstufe	Insgesamt			Förderschule Förderschule						Gemeinsamer Unterricht		
				Förderschule Fg			allgemeine Schule			allgemeine Schule		
	zusammen	Schüler mit Fg gE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fg gE	zusammen	Schüler mit Fg gE	Schüler mehrfachbehinderte Schüler ohne Fg gE	zusammen	Schüler mit Fg gE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fg gE	zusammen	Schüler mit Fg gE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fg gE
Jahrgangsstufe 1-4	161	157	24	10	0	10	0	0	0	168	157	8
Jahrgangsstufe 5-6	103	84	19	0	0	0	0	0	0	85	84	11
Jahrgangsstufe 7-10	87	87	40	13	0	13	1	0	1	83	87	20
Jahrgangsstufe 11-13	7	1	6	0	0	0	0	0	0	7	1	0
Primarstufe in FG gE	1.657	1.657	0	1.657	1.657	0	0	0	0	0	0	0
Sekundarstufe I in FG gE	1.126	1.126	0	1.063	1.063	0	42	42	0	0	0	0
Berufsbildungsschule in FG gE	866	866	0	620	626	0	40	40	0	0	0	0
Insgesamt	3.640	3.796	89	3.411	3.775	26	83	82	1	321	398	32

Erkennung  
Fg = Förderschule  
Fg = Förderschwerpunkt  
gE = geistige Entwicklung

Für einen Schüler wird nur maximal ein sonderpädagogischer Förderschwerpunkt erhoben. Für Schüler mit mehr als einem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt ist für die statistische Erfassung derjenige mitzubegeben, der den größten zeitlichen Anteil ausmacht.

Eine schwere Mehrfachbehinderung liegt in der Regel dann vor, wenn ein Förderschwerpunkt in den sonderpädagogischen Schwerpunkten "geistige Entwicklung" und "körperliche und motorische Entwicklung" und/oder mit einer Sinneseinschränkung festzustellen wird. Es liegen mehrere Beeinträchtigungen vor, die sich gegenseitig bedingen, verstärken und/oder verursachen. Schüler und Schüler mit einer schweren Mehrfachbehinderung haben einen sehr hohen pädagogischen, pflanzlichen und therapeutischen Unterstützungsbedarf.

Gleichgewicht mit der Personengruppe der schwer Mehrfachbehinderten sind Schülerinnen und Schüler mit einem festgestellten Förderbedarf in den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten "geistige Entwicklung", "körperliche und motorische Entwicklung" bzw. mit einer Sinneseinschränkung und der fachärztlichen Diagnose, dass eine erhebliche psychische Erkrankung vorliegt.



Datenquelle: Schuldatenerhebung 2018/19, Stichtag: 17.09.2018 für allgemeinbildende Schulen

		Insgesamt			Förderschule / Förderschule						allgemeine Schule				Gesamtwerte (unterteilt)		
		zusammen	Schüler mit Fg pE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fg pE	zusammen	Schüler mit Fg pE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fg pE	zusammen	Schüler mit Fg pE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fg pE	zusammen	Schüler mit Fg pE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fg pE				
Lindenberg Bathen	Jahrgangsstufe 1 - 4	8	7	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 5 - 8	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 7 - 10	8	7	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 11 - 13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Primarstufe in Fg pE	118	118	0	118	116	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Sekundarstufe I in Fg pE	80	80	0	80	80	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Berufsbildungsjahre in Fg pE	30	30	0	30	30	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	zusammen	248	243	5	228	228	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Lindenberg an der Havel	Jahrgangsstufe 1 - 4	6	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 5 - 8	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 7 - 10	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 11 - 13	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Primarstufe in Fg pE	67	67	0	67	67	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Sekundarstufe I in Fg pE	20	20	0	20	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Berufsbildungsjahre in Fg pE	18	18	0	18	18	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	zusammen	118	118	0	118	118	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Cottbus	Jahrgangsstufe 1 - 4	13	13	0	13	13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 5 - 8	3	3	0	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 7 - 10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 11 - 13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Primarstufe in Fg pE	66	66	0	66	66	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Sekundarstufe I in Fg pE	58	58	0	58	58	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Berufsbildungsjahre in Fg pE	20	20	0	20	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	zusammen	181	174	7	174	168	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ottensheim-Sprengel	Jahrgangsstufe 1 - 4	10	9	1	3	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 5 - 8	3	1	2	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 7 - 10	5	2	3	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 11 - 13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Primarstufe in Fg pE	44	44	0	44	44	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Sekundarstufe I in Fg pE	30	26	4	26	26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Berufsbildungsjahre in Fg pE	21	21	0	21	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	zusammen	118	118	0	100	101	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Blaß-Euler	Jahrgangsstufe 1 - 4	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 5 - 8	7	6	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 7 - 10	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 11 - 13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Primarstufe in Fg pE	57	57	0	57	57	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Sekundarstufe I in Fg pE	43	43	0	43	43	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Berufsbildungsjahre in Fg pE	26	26	0	26	26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	zusammen	141	138	3	126	128	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Fackfurt (Dörf)	Jahrgangsstufe 1 - 4	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 5 - 8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 7 - 10	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Jahrgangsstufe 11 - 13	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	

[illegible]

Das extreme Mehrfachbindungsbedingte ist in der Regel dann vor, wenn ein Flödenkinder in den Entwicklungsphasen Schwächen (geistige Entwicklung, "Lernschwierigkeiten und motorische Entwicklung) und/oder mit einer Sinnesbeeinträchtigung (sehr selten) kld. Es liegen mehrere Beeinträchtigungen vor, die sich gegenseitig bedingen, verstärken und/oder voraussetzen. Schlämmerinnen und Schüler mit einer adreiner Mehrfachbindungsbedingten haben aber sehr hohen pädagogischen, pädagogischen und therapeutischen Unterstützungsbereich.

Gleichzeitig mit der Pioniergruppe der schwer Mehrfachbindungsbedingten sind Schlämmerinnen und Schüler mit einem gesonderten Flödenkinder in den Entwicklungsphasen Flödenkinder (geistige Entwicklung, "Lernschwierigkeiten und motorische Entwicklung) bzw. mit einer Sinnesbeeinträchtigung und der beobachteten Diagnose, dass eine ererbte psychische Erkrankung vorliegt.



Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" und Schüler und Schülerinnen mit schwerer Mehrfachbehinderung ohne den Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" an allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft im Schuljahr 2018/19 nach Metropolenraum, Jahrgangsstufe, Förderschule oder Gemeinsamer Unterricht und Schulform der Schule

Datenquelle: Schuldatenerhebung 2018/19, Stichtag: 17.09.2018 für allgemeinbildende Schulen

Metropolraum	Jahrgangsstufe	Insgesamt			Förderschule/Förderklasse						Gemeinsamer Unterricht		
		zusammen	Schüler mit Fsp gE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fsp gE	Förderschule insg.			allgemeine Schule			allgemeine Schule		
					zusammen	Schüler mit Fsp gE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fsp gE	zusammen	Schüler mit Fsp gE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fsp gE	zusammen	Schüler mit Fsp gE	schwer mehrfachbehinderte Schüler ohne Fsp gE
Stich-Länder- Zusammenhang (Befrei- Land)	Jahrgangsstufe 1 - 4	84	32	12	10	0	10	0	0	0	54	32	2
	Jahrgangsstufe 5 - 6	41	32	9	7	0	7	0	0	0	34	32	2
	Jahrgangsstufe 7 - 10	96	24	26	13	0	13	0	0	0	47	34	13
	Jahrgangsstufe 11 - 13	2	1	1	0	0	0	0	0	0	2	1	1
	Primarstufe in FS gE	446	440	0	446	440	0	0	0	0	0	0	0
	Sekundarstufe I in FS gE	331	331	0	331	331	0	0	0	0	0	0	0
	Berufsbildungsstufe in FS gE	185	185	0	186	186	0	0	0	0	0	0	0
	<b>zusammen</b>	<b>1132</b>	<b>1.094</b>	<b>48</b>	<b>995</b>	<b>995</b>	<b>30</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>137</b>	<b>119</b>	<b>18</b>
weiterer Metropolraum	Jahrgangsstufe 1 - 4	117	105	12	5	0	5	0	0	0	112	105	7
	Jahrgangsstufe 5 - 6	66	62	10	1	0	1	0	0	0	61	62	8
	Jahrgangsstufe 7 - 10	37	23	14	0	0	0	1	0	1	36	23	13
	Jahrgangsstufe 11 - 13	5	5	0	0	0	0	0	0	0	5	0	5
	Primarstufe in FS gE	1209	1.208	0	1209	1.208	0	0	0	0	0	0	0
	Sekundarstufe I in FS gE	804	804	0	792	792	0	42	42	0	0	0	0
	Berufsbildungsstufe in FS gE	480	480	0	440	440	0	40	40	0	0	0	0
	<b>zusammen</b>	<b>2713</b>	<b>2.672</b>	<b>41</b>	<b>2419</b>	<b>2.410</b>	<b>0</b>	<b>63</b>	<b>62</b>	<b>1</b>	<b>214</b>	<b>195</b>	<b>34</b>
<b>Insgesamt</b>		<b>3845</b>	<b>3.766</b>	<b>89</b>	<b>3414</b>	<b>3.375</b>	<b>30</b>	<b>63</b>	<b>62</b>	<b>1</b>	<b>351</b>	<b>314</b>	<b>52</b>

## Hinweise

FS = Förderschule

Fsp = Förderschwerpunkt

gE = geistige Entwicklung

Für einen Schüler wird nur maximal ein sonderpädagogischer Förderschwerpunkt erhoben. Für Schüler mit mehr als einem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt ist für die statistische Erfassung derjenige maßgebend, der den größten zeitlichen Anteil ausmacht.

Eine schwere Mehrfachbehinderung liegt in der Regel dann vor, wenn ein Förderbedarf in den sonderpädagogischen Schwerpunkten "geistige Entwicklung" und "körperliche und motorische Entwicklung" und / oder mit einer Sinnesbeeinträchtigung festgesetzt wird. Es liegen mehrere Beeinträchtigungen vor, die sich gegenseitig bedingen, verstärken und / oder verursachen. Schülerinnen und Schüler mit einer schweren Mehrfachbehinderung haben einen sehr hohen pädagogischen, pflegerischen und therapeutischen Unterstützungsbedarf.

Gleichgestellt mit der Personengruppe der schwer Mehrfachbehinderten sind Schülerinnen und Schüler mit nur einem festgestellten Förderbedarf in den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten "geistige Entwicklung", "körperliche und motorische Entwicklung" bzw. mit einer Sinnesbeeinträchtigung und der fachärztlichen Diagnose, dass eine erhebliche psychische Erkrankung vorliegt.